

Die Entstehung des Transparenzgesetz	2	Neue Fraktion in Hamburg-Mitte	4	Fraktionsgemeinschaft in Bergedorf	5	Politikverdrossenheit der Bürger?	6	Mehr Programm für Hamburg	7	Piraten vor Ort – Bezirksübersicht	8
---	---	-----------------------------------	---	---------------------------------------	---	--------------------------------------	---	------------------------------	---	---------------------------------------	---

TRANSPARENZ PER GESETZ

PIRATEN ÖFFNEN AKTEN-
SCHRÄNKE DER BEHÖRDEN



FOTO: ALIJA

Unterlagen zu neuen Bauprojekten wie zum Beispiel der Elbphilharmonie einsehen? Verträge der Stadt mit privaten Dienstleistern lesen? Bisher war so etwas für Hamburger Bürger nicht ohne Weiteres möglich. Mit dem neuen Transparenzgesetz wird nun in den nächsten zwei Jahren ein Internet-Register aufgebaut, in dem amtliche Informationen für alle Bürger und Journalisten online zugänglich werden – jederzeit, kostenfrei und ohne lästiges Formulieren von schriftlichen Anfragen.

Zwar konnten im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) auch bisher öffentliche Daten und Verträge angefragt werden, aber das war mit Aufwand und zum Teil auch Kosten für die Anfrage verbunden – und gerade in spannenden Fällen wurde der Anfrage nicht immer stattgegeben. Um diese Situation zu verbes-

INFORMATIONEN IM NETZ

Das Hamburger Gesetz im Internet:

► www.transparenzgesetz.de

Frag den Staat:

► www.fragdenstaat.de/hamburg

Podcast zum Transparenzgesetz Interview mit Burkhard, Christian und Dodger vom Chaos Computer Club:

► www.trollfunk.de

ern, haben die Hamburger PIRATEN gemeinsam mit den Vereinen Chaos Computer Club Hamburg, Mehr Demokratie und Transparency International im letzten Jahr das Transparenzgesetz für die Hansestadt ausgearbeitet – und am 13. Juni war es dann endlich soweit: Die Bürgerschaft hat den Entwurf übernommen und mit dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) in Hamburg als erstem Bundesland überhaupt ein Gesetz dafür geschaffen, staatliche Datenbestände für die Öffentlichkeit freizugeben.

DAS GESETZ DIREKT AUSPROBIEREN

Das Gesetz ist am 6. Oktober 2012 in Kraft getreten. Zu diesem Anlass veranstaltete die Transparenzgesetz-Initiative einen Aktionstag, um die ersten Anfragen zu wichtigen Themen auf den Weg zu bringen, die den Hamburger Bürgern unter den Nägeln brennen. Außerdem wird es in Kooperation mit der Open Knowledge Foundation Deutschland und dem Internetportal www.fragdenstaat.de eine eigene Webseite geben, über die öffentlich eigene Fragen gestellt werden können.

ÄNDERUNGEN FÜR HAMBURG

Zu den Datenbeständen, die zukünftig im Internet verfügbar sein werden, gehören unter anderem: Verträge zur Daseinsvorsorge, beispielsweise der Stadt mit Energie- und Bil-

dungseinrichtungen oder auch den öffentlichen Nahverkehr betreffend, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften.

Die Fachbegriffe für die Veröffentlichung behördlicher Daten lauten übrigens »Open Government« und »Open Data«, was soviel bedeutet wie »Öffnung von Staat und Verwaltung« und »frei verfügbare und nutzbare Daten«.

MISSWIRTSCHAFT VERHINDERN

Die PIRATEN konnten mit dem Transparenzgesetz eines ihrer wichtigsten Anliegen für Hamburg durchsetzen: Mehr Transparenz in Regierung und Verwaltung, auch auf kommunaler Ebene. Fehlplanungen und Verschwendungen können so rechtzeitig von jedem interessierten Bürger oder auch Journalisten erkannt und möglicherweise verhindert werden. Gleichzeitig gibt das Gesetz der Stadt Hamburg die Möglichkeit, durch diese Form der Bürger-Mitbestimmung das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken.

Um die im Transparenzgesetz festgesetzten Richtlinien so zügig wie möglich umzusetzen, will die federführende Justizbehörde die Piratenpartei Hamburg und die übrige Transparenz-Initiative, die das Gesetz maßgeblich entwickelt hat, intensiv einbinden. In der Initiative sind auch weitere Parteien vertreten, die bei der Entwicklung des Gesetzes mitgewirkt haben. ■

EDITORIAL



VON ANNE ALTER VORSITZENDE IN HAMBURG

»Wir machen das jetzt mit der Transparenz«

Das Transparenzgesetz hat es bewiesen: PIRATEN wirken auch als außerparlamentarische Kraft. Das Transparenzgesetz wurde 13. Juni 2012 einstimmig in der Hamburger Bürgerschaft verabschiedet, nachdem die Widerstände bei den Anhörungen zunächst erheblich waren, teilweise mit bizarren Begründungen.

Die PIRATEN waren neben den drei initiativisch tätigen Organisationen Transparency International, Mehr Demokratie e.V. und dem Chaos Computer Club der erste und auch der natürliche Partner dieses sich auch durch Parteien verbreitenden Bündnisses: Immerhin steht die Forderung nach einem transparenten Staat bereits seit der Gründung der Piratenpartei in unserem Programm.

Die Mühe des Unterschriften sammelns hat sich gelohnt. Wir haben in Hamburg nun das modernste Transparenzgesetz Europas, das über die Stadt hinaus Aufmerksamkeit erregt. So treiben in Berlin vor allem die dort im Abgeordnetenhaus vertretenen PIRATEN einen Gesetzentwurf voran, der unser Transparenzgesetz zum Vorbild hat.

Durch das Transparenzgesetz dürfte Hamburg mittelfristig eine Art politischen Exportschlager geschaffen haben, der vorbildhaft auch für andere Länder und Gemeinden wirkt. Dies ist für eine Stadt, die politisch eher mit hanseatischem Understatement agiert, eine neue, aber sehr positive Erfahrung.

Für uns als PIRATEN bedeutet das Hamburger Transparenzgesetz einen großen Erfolg - und das, ohne selbst in der Bürgerschaft vertreten zu sein. Wir haben bewiesen, dass PIRATEN auch dann wirken, wenn sie selbst noch gar nicht im Parlament sitzen.

Und Hamburg kann leidlich versöhnt auf die größte Bauruine der Stadt, die Elbphilharmonie, blicken, in der Gewissheit, dass dergleichen in Zukunft in dieser Form nicht mehr vorkommen dürfte. Das ist doch auch was Schönes. ■

WIE EIN GESETZ ENTSTEHT

DIESE GESCHICHTE BEGINNT IN BERLIN



Das Gesetz wird Korruption in Zukunft deutlich erschweren

FOTO: JAMES LAURIT

Forderungen nach Transparenz und Open Data sind zwei Grundpfeiler des Programms der Piratenpartei. Schon auf dem Gründungsparteitag 2006 verabschiedeten die Piraten ihr Grundsatzprogramm inklusive des Kapitels »Transparenz des Staatswesens« – ein Kapitel, welches das Hamburger Transparenzgesetz in seiner heutigen Form vorweg nimmt. Doch woher kommt eigentlich die Idee, dem Bürger Informationen aktiv zur Verfügung zu stellen, anstatt sie höchstens auf Antrag und nach ordentlicher Prüfung durch die Verwaltung freizugeben?

Der Begriff »Open Data«, als Sammelbegriff für die freie Verfüg- und Nutzbarkeit öffentlicher Daten, ist noch relativ jung und entstand etwa 2002 in den USA. Ziel war die freie Nutzung der erlangten Informationen zum Wohle der ganzen Menschheit. In Verbindung mit den historisch länger verwurzelten Informationsfreiheitsgesetzen und offenen Registern in den USA entwickelte sich aus der Idee, naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse im Netz freizugeben, das Ziel, alle öffentlichen Daten im Internet frei zugänglich zu machen - in standardisierten Formaten und für jeden nutzbar. Mit der Gründung des Portals Data.gov im Jahr 2009 hatte die amerikanische Open Data-

Bewegung ihren ersten großen Erfolg. In kurzer Folge zogen andere Länder wie Großbritannien und Australien, aber auch Russland, Kenia und Marokko mit Open Data-Registern in unterschiedlicher Ausprägung nach.

Die Veröffentlichungspflicht von Verträgen mit der öffentlichen Hand ist jedoch ein deutlich selteneres Phänomen als Open Data-Datenbanken. Das prominenteste Vertragsregister ist das der Slowakei: Nahezu jeder Vertrag mit der öffentlichen Hand, unabhängig vom Vertragsvolumen, muss seit dem 01.01.2011 im Internet veröffentlicht werden, um Korruption zu verhindern.

DIE WIEGE STEHT IN BERLIN

Mit der Kombination beider Ideen, Open Data und Vertragsveröffentlichung, betritt Hamburg nun Neuland. Dabei liegen die Anfänge des Transparenzgesetzes eigentlich in Berlin: 1999 hatte der Berliner Senat die Berliner Wasserbetriebe an den Energieversorger RWE und den französischen Mischkonzern Veolia verkauft. In Folge dessen stiegen die Wasserpreise in der Bundeshauptstadt, und es formierte sich Protest. Ein Bürgernetzwerk wurde gegründet – der Berliner Wassertisch. Dieser wollte die Veröffentlichung der Geheimverträge zwischen der Stadt und den Unternehmen erreichen. Dies gelang über einige Umwege



»Zugang zu Informationen ist die Grundlage politischer Beteiligung.«

BURKHARD MASSEIDA

Ende 2010 und es zeigte sich, dass Berlin den Unternehmen eine Gewinngarantie eingeräumt hatte. Just in diesem Zeitraum bereiteten sich die Berliner Piraten auf den Wahlkampf vor und ein Teil dieser Vorbereitungen führte im Juni 2011 zu dem Entwurf für ein Gesetz für die Offenlegung zukünftiger Verpflichtungen und Verträgen des Landes Berlin.

In Hamburg waren zu dem Zeitpunkt die Bürgerschaftswahlen schon vorbei. Gemeinsam mit dem Verein Mehr Demokratie e. V. Hamburg begannen erste Überlegungen zu einem Antikorruptionsgesetz. Bei einem gemeinsamen Treffen von Transparency International Hamburg, Mehr Demokratie e. V. Hamburg und der Hamburger Piratenpartei stand der Vertragsentwurf der Berliner Piraten zu einem Open Data-Register auf der Agenda, und am Ende des Treffens stand der Plan: Hamburg braucht beides – Vertragsveröffentlichung und Open Data. Das Transparenzgesetz war geboren.

PLÖTZLICH SEXY

In der Arbeitsgruppe, die sich um das Gesetz kümmerte, fand sich weder ein Jurist noch jemand, der schon einmal einen Gesetzestext formuliert hatte. Da niemand damit rechnete, dass die SPD solch ein Gesetz freiwillig in Hamburg umsetzen würde, plante das Bündnis, das Transparenzgesetz auf dem Wege der Volksgesetzgebung Wirklichkeit werden zu lassen. Die letzte Hürde hierfür, der Volksentscheid, sollte zur Bundestagswahl im September 2013 stattfinden. Das bedeutete einen engen Zeitplan:

Bis Oktober 2011 musste ein fertiger Gesetzestext stehen, Bündnispartner gewonnen und eine Volksinitiative gegründet werden. Dr. Jürgen Kühling, ehemaliger Bundesverfassungsrichter, bekam Mitte Oktober den ersten Entwurf vorge-

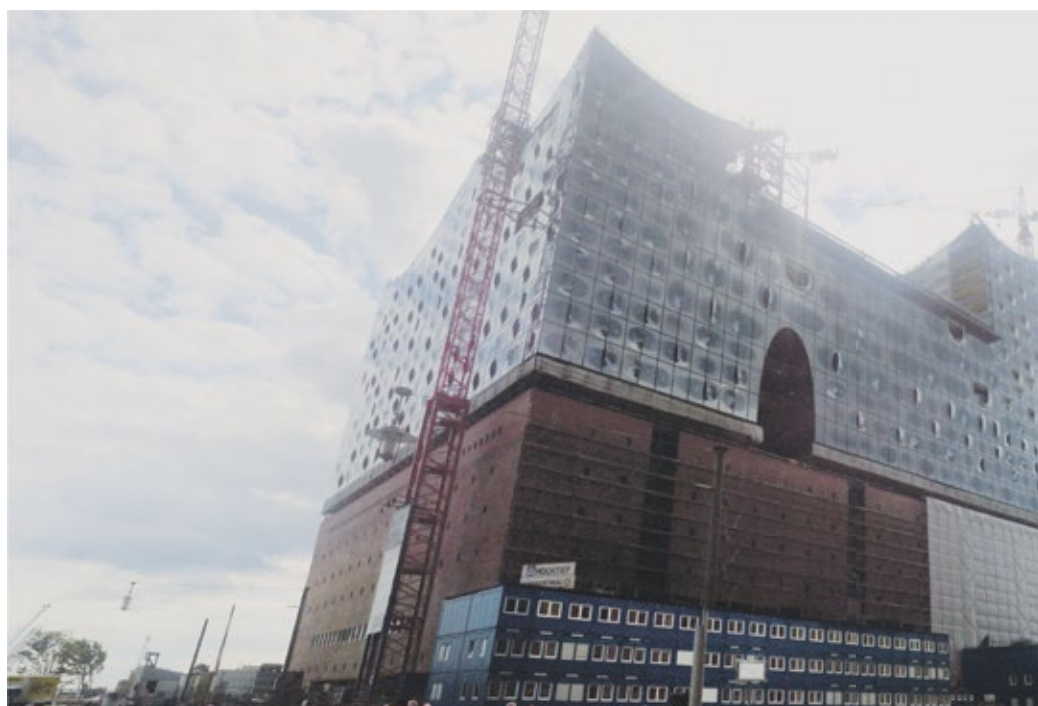
stellt. Dank seiner Mithilfe konnte die Arbeitsgruppe den Entwurf bis Ende Oktober so weit verbessern, dass die Volksinitiative mit einem guten Gesetzesentwurf in die Volksinitiative starten konnte. Binnen sechs Wochen sammelte das Bündnis über 15.000 Unterschriften. Um die nächste Stufe der Volksgesetzgebungsprozedur zu erreichen, wurden nur 10.000 benötigt. Hierbei half auch der Erfolg der Piratenpartei bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin und die Geschehnisse um den Bau der Elbphilharmonie: Transparenz wurde plötzlich sexy.

VOLKSBEGEHREN HINFÄLLIG

Der Erfolg der Volksinitiative mündete in einer Anhörung im Justizausschuss der Hamburger Bürgerschaft. Eine große Anzahl von Experten, unter ihnen der Hamburger Datenschutzbeauftragte Dr. Johannes Caspar, zeigten deutliche Sympathie für das Gesetz und gaben letzte Verbesserungsvorschläge.

Von da an ging alles sehr schnell: Die Initiative verbesserte das Gesetz auf Basis der Expertenvorschläge und traf sich mit allen Hamburger Bürgerschaftsfraktionen. Gleichzeitig starteten die Planungen für das fällige Volksbegehren im August 2012, welches das Transparenzgesetz, wenn nötig, auch gegen den Willen der Bürgerschaft erzwingen würde.

Glücklicherweise kam es dazu nicht mehr: Die Initiative und die Fraktionen einigten sich auf einen Gesetzesentwurf, der von allen mitgetragen werden konnte. Am 13.06.2012 wurde das Transparenzgesetz in der Hamburger Bürgerschaft verabschiedet und Hamburg bekommt das modernste Transparenzgesetz Europas. Dies ist das erste Gesetz an dem die Piratenpartei beteiligt ist, auch ohne im Parlament vertreten zu sein. ■



Warum das Transparenzgesetz notwendig ist wissen mittlerweile viele Hamburger

FOTO: LANTUS/CC-BY-SA-3.0

GLOSSAR

APPLIKATION

Bezeichnung für eine Software, mit der ein Benutzer eine Aufgabe durchführen kann.

STANDARD

Anerkannte und etablierte Art und Weise Prozesse durchzuführen oder Etwas zu produzieren.

OFFENE STANDARDS

Die Standards sind unabhängig von einem einzelnen Hersteller und können in verschiedenen Applikationen genutzt werden.

FREIE STANDARDS

Jeder darf den Standard untersuchen und weiterentwickeln.

QUELLOFFENE SOFTWARE

Software, deren Quellcode offen zugänglich und nutzbar ist. Der Quellcode ist der in Programmiersprache geschriebene und für Menschen lesbare Text der Software.

PARLAMENTS DATENBANK

► www.buergerschaft-hh.de/parldok/

Über den Internet-Browser zugängliches Informationssystem der Hamburger Bürgerschaft. Man kann damit auf offen zugängliche Dokumente der parlamentarischen Arbeit zugreifen.

IT-SYSTEME

Gesamtheit der Informationstechnologie die genutzt wird, bestehend aus Software und Hardware.

OPEN GOVERNMENT

Konzepte zur Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber den Bürgern und der Wirtschaft.

OPEN DATA

Die freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Daten, insbesondere von öffentlichen.

LIQUID FEEDBACK

Freie Software zur politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung; wird über das Internet genutzt.



Foto: CC-BY-SA 3.0 Starbacks



Für Andreas Gerhold und Michael Büker war es lange fast unmöglich sich ohne Fraktionsstatus Gehör in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte zu verschaffen
FOTO: CC-BY FRANKEE

NEUE FRAKTION IN MITTE

Aydın sorgt für Verstärkung in der Bezirksversammlung

Die PIRATEN hatten im Februar 2011 bei der Wahl zur Bezirksversammlung 4,7 Prozent der Zweitstimmen bekommen und damit zwei Sitze gewonnen. Um eine Fraktion zu gründen, braucht es allerdings drei Abgeordnete. So konnten Andreas Gerhold und Michael Büker nur als PIRATEN-Gruppe ohne Fraktionsstatus arbeiten, bis im Juni 2012 Gül Aydın die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlasen und mit den beiden Piraten zusammen die PIRATEN-Fraktion gegründet hat.

Ohne Fraktion sind die Rechte und Einflussmöglichkeiten von Bezirksabgeordneten enorm eingeschränkt. Fraktionslose Abgeordnete haben kein Stimmrecht in den Ausschüssen, sie können keine Anfragen stellen, sind nicht im Ältestenrat vertreten, sie haben keine Mittel, um Mitarbeiter anzustellen, ein Büro zu unterhalten und vieles mehr. Auch die Diskussion und Kooperation mit anderen Parteien ist ohne Fraktionsstatus erschwert.

Als 2006 zuletzt das Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen geändert und die Fünf-Prozent-Hürde auf drei Prozent gesenkt wurde hat man – ob mit oder ohne Absicht – versäumt, auch die Mindestgröße für eine Fraktion zu senken. Mit fünf Prozent Stimmanteil ist eine Partei in den meisten Fällen mit drei Abgeordneten vertreten, zwischen drei und fünf Prozent in der Regel mit zwei. Nun kann also eine Partei die Hürde überspringen und dennoch ohne Fraktion dastehen – so ist es bei der letzten Wahl in Hamburg-Mitte nicht nur den PIRATEN mit 4,7 Prozent, sondern auch der FDP mit 3,9 Prozent ergangen.

Eine Absenkung der Mindestgröße für Fraktionen auf zwei Abgeordnete ist deshalb überfällig. In den Kommunalvertretungen anderer Bundesländer ist dies längst üblich, dort genügen häufig schon deutlich weniger Wählerstimmen zum Gewinn von zwei Sitzen. In Hamburg-Mitte braucht es mehr als 10.000 Wählerstimmen, um zwei Sitze zu erhalten – die Vertreter so vieler Wähler sollten als Fraktion in der Bezirksversammlung voll arbeitsfähig sein.

Die Piratenpartei Hamburg fordert darüber hinaus die Abschaffung der Drei-Prozent-Hürde zu den Bezirksversammlungen. Solche Hürden bei Kommunalwahlen wurden in fast allen Bundesländern teilweise schon vor Jahrzehnten abgeschafft und damit die Verzerrung des Wählerwillens deutlich verringert, ohne dass Schwierigkeiten beim Bilden von Mehrheiten aufgetreten sind.

BEZIRKSPOLITISCHE ARBEIT

Ein Ratsinformationssystem („RIS“) ist eine Webseite für Abgeordnete, Beamte und Bürger. Es stellt Informationen über Abgeordnete und Sitzungen bereit und erlaubt das Herunterladen von Sitzungsunterlagen und anderen Dokumenten. Ihre Verbreitung ist in den letzten zehn Jahren sprunghaft angestiegen.

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte steht bis heute als eine der wenigen Kommunalvertretungen in Norddeutschland ohne RIS da. Fünf andere Hamburger Bezirke schlagen sich seit einigen Jahre mit einem schlecht funktionie-

renden RIS durch, das bald ersetzt werden soll.

Damit die Bürger in Hamburg-Mitte nicht länger auf dem Trockenen sitzen, haben die PIRATEN eine Übergangslösung umgesetzt. Unter diversen Arbeitstiteln wie »MitteLeaks« oder »NotwehrRIS« entstand beim Hamburger Open Data Hack Day im Januar 2012 die Seite hamburgmitedokumente.de. Sie stellt öffentliche Dokumente der Bezirksversammlung für alle bereit, die ohne die PIRATEN auch heute noch keinem Bürger ohne nervenaufreibendes, zeitintensives Nachforschen bei Ämtern und Fraktionen zugänglich wären. Der Datenbestand ist noch nicht vollständig, wird aber kontinuierlich erweitert.

DIE ARBEIT DER FRAKTION

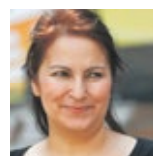
Die PIRATEN-Fraktion Hamburg-Mitte hat sich bewusst anders organisiert, als es für Bezirksfraktionen üblich ist. Anschaulich wird das mit einem Blick auf die Akteure einer Fraktion in der Bezirkspolitik: Neben den Abgeordneten gibt es die zubenannten Bürger, welche von der Fraktion in Ausschüsse entsandt werden. Sie nehmen dort das Stimmrecht für die Fraktion wahr, können ihre Meinung kundtun und Anträge stellen – haben also in diesem Ausschuss die gleichen Rechte wie ein Abgeordneter. Fraktionen können die Hälfte ihrer Sitze in einem Ausschuss mit zubenannten Bürgern besetzen und in der Regel wird diese Möglichkeit auch ausgeschöpft.

Die PIRATEN-Fraktion hat für sich mit der Arbeitsfraktion ein Gremium geschaffen, in dem nicht nur - anders als sonst üblich - alle zubenannten Bürger Mitglied sind, sondern in das auch weitere Unterstützer der Fraktion aufgenommen werden können. Die Arbeitsfraktion hat weitreichende Kompetenzen und ist das

übliche Arbeitsgremium, dessen Sitzungen in der Regel wöchentlich stattfinden. Die Arbeitsfraktion tagt, genau wie der Fraktionsvorstand, öffent-

lich und lässt auch Besucher zu Wort kommen. Protokolle der Sitzungen können live im Internet mitverfolgt werden.

So werden die zubenannten Bürger und freiwillige Unterstützer der Fraktion so weit wie möglich in die Arbeit eingebunden und können sicher sein, dass ihr Beitrag zählt. Außerdem können Bürger und Interessierte direkt die Arbeit der Fraktion beobachten, nachhaken und ihre Anliegen einbringen. ■



Die Piraten sind mehr als ein planloser Haufen Eichhörnchen.

GÜL AYDIN

AUF EINEN BLICK

Fraktionssitzungen finden jeden Freitag ab 17:00 Uhr in der Spaldingstraße 210 / Hammaburg (U/S-Bahn Berliner Tor) statt.

► hamburg-mitte.bezirkspiraten.de

GEMEINSAM IN BERGEDORF

Themenbezogenes Arbeiten über Parteigrenzen hinaus

Der Bezirksverband Bergedorf landete bei den Wahlen zur Bezirksversammlung bei knapp drei Prozent, was dem Direktkandidaten Jan Penz zu seinem Mandat in der Bergedorfer Bezirksversammlung verhalf: »Ich hatte damit nie gerechnet, aber mich dann nach dem ersten Schock schon gefreut. Erreicht hat mich die Nachricht per Twitter während des Stammtisches der Bergedorfer Piraten«, so Jan Penz.

In Hamburg Bergedorf wurde eine besondere, bundesweit einmalige Lösung geschaffen, indem sich der Abgeordnete der PIRATEN mit denen der FDP zu einer themenbezogenen Fraktionsgemeinschaft zusammenschlossen.

MÖGLICHES EINZELMANDAT

Einem einzelnen Abgeordneten ist es in der Bezirksversammlung nicht möglich, Anträge oder große Anfragen zu stellen. Beides sind jedoch unerlässlich, um politische Ziele umzusetzen. Als Abgeordneter ohne Fraktionsstatus hat man auch keinen Anspruch auf einen Sitz nebst Stimm- und Rederecht in den Ausschüssen des Bezirks, in denen viele Entscheidungen der Bezirksversammlung erarbeitet werden. Auch zubenannte Bürger können nicht entsandt werden.

ENTSCHEIDUNG ZUR FRAKTION

Schon während des Wahlkampfes lernten die Bergedorfer Piraten die Kollegen der FDP kennen und stellten fest, dass hier lokalpolitisch eine breitere Übereinstimmung bestand.

Was für die Piraten auf Landes- oder gar Bundesebene kaum möglich ist, funktioniert in Bergedorf, wo es ausschließlich um lokalpolitische Entscheidungen geht, ganz ausgezeichnet. So strebte Jan Penz eine Gemeinschaft mit den beiden Abgeordneten der FDP, Ernst Mohnike, der schon seit Ende der 80er Jahre in der Bergedorfer Bezirksversammlung mitwirkte, und Sven Eichner, an. Gemein haben Piraten und FDP in Bergedorf nicht nur einige thematische Übereinstimmungen, sondern auch viele gleiche Ziele. Unabhängig voneinander lehnten sie ein Logistikzentrum im Herzen Bergedorfs ab und wollen den sozialen Wohnungsbau sowie die Bergedorfer Landgebiete fördern.

EINE FRAKTION MIT DER FDP?

So gründeten Jan Penz und die Abgeordneten der FDP nach ca. acht Wochen andauernden Gesprächen eine Fraktionsgemeinschaft - ein Novum für Hamburg. Nach Prüfung durch das Rechtsdezernat der Finanzbehörde gab schließlich auch die Verwaltung grünes Licht.

Am Ende musste Jan Penz die Entscheidung allein treffen und seine Unterschrift unter den



Selbst im schönen Bergedorfer Rathaus ist ein Pirat vertreten

FOTO: PENZ

gemeinsamen Vertrag setzen. Dazu hat sich der Abgeordnete der Piraten nicht nur im Bezirksverband, mit seinem Bezirksvorstand und dem Landesverband abgestimmt, sondern sich auch auf Bundesebene mit vielen Piraten ausgetauscht. Nach anfänglichen Vorbehalten war die Zustimmung am Ende erheblich größer als die Ablehnung, womit die Entscheidung für diese bundesweit einmalige Konstellation gefallen war. Nach über einem Jahr gemeinsamen Wirkens kann man festhalten, dass dies die richtige Entscheidung war.

DER FRAKTIONSVERTRAG

Im Vertrag mit der FDP ist die Laufzeit der Fraktion klar festgelegt. Wichtig war, dass die Piraten nicht als der Juniorpartner angesehen werden. Auch wenn anfänglich die Meinung vorherrschte, dass Jan Penz nur ein Drittel der Befugnisse eines Fraktionsmitglieds zustünde, war es allen wichtig, die Kompetenzen zur Hälfte aufzuteilen. Für die Piraten kam nur eine Partnerschaft auf Augenhöhe in Frage, was die Abgeordneten der FDP schließlich akzeptierten und was bis heute zur beiderseitigen Zufriedenheit gelebt wird.

Für den Wirtschaftsausschuss ist Nico Ecke zuständig, der auch Bezirksvorsitzender der Bergedorfer Piraten ist. Den Bauausschuss hat Marc Dittmer übernommen. Dieser tagt, wie auch der Unterausschuss für Bauangelegenheiten, den Kolja Weber betreut, leider fast ausschließlich nicht öffentlich. Den Kulturausschuss hat Brigitte Blazejewski übernommen.

VERWENDUNG DER GELDER

Eine Fraktion verfügt über andere Mittel als eine Gruppe, und sicherlich werden sich viele die Frage stellen, was mit dem Geld geschieht.

Auf einen festgestellten Mitarbeiter und ein eigenes Büro hat die Fraktionsgemeinschaft verzichtet. Die anfallende Arbeit wird »online« erledigt, das heißt, die Kommunikation findet

zu einem großen Teil via Mail oder Telefon statt. Unser Mitarbeiter ist selbständig und arbeitet für die tatsächlich geleisteten Stunden auf Rechnung. So kann in Monaten, in denen wenig Arbeit anfällt, Geld gespart werden.

Die wichtigste Aussage war immer, dass es nicht um die Gelder geht, die man als Fraktion in der Bezirksversammlung erhält, sondern um die besseren Möglichkeiten zur politischen Arbeit.

Investiert wurde in die technische Ausstattung, die Arbeit des Fraktionsassistenten und drei bis vier Tagungen im Jahr. Einmal im Jahr findet eine große gemeinsame Tagung über zwei Tage in einem Hotel statt. Die letzte war den Themen »Erneuerbare Energie« und »Speichern von Strom und Wärme« gewidmet.

DIE ARBEIT DER FRAKTION

Grundsätzlich darf sich die Fraktionsgemeinschaft mit ihrer Arbeit innerhalb der bestehenden Möglichkeiten als recht erfolgreich bezeichnen, auch wenn die anderen Parteien immer wieder versuchen, diese in ein schlechtes Licht zu rücken, ihre absolute Mehrheit auszuspielen, wie derzeit die SPD, oder auf Fundamentalopposition setzen wie die CDU. Wenn es um Sachthemen geht, werden die Piraten/FDP jedoch mit eingebunden und haben inzwischen mit fast allen gemeinsame Anträge in der Bezirksversammlung gestellt oder sich beteiligt, zum Beispiel der Antrag zur Gründung eines Arbeitskreises »Erneuerbare Energie« und eine Liste von Aufgaben für den Umbau des »Lohbrügger Marktes«, dessen Kosten erheblich über dem Budget lagen. Eine Liste aller Anfragen und Anträge findet sich im Open Plenum des Bezirks oder auf unserer Fraktionswebseite. Bis Mai 2013 hat Jan Penz nun noch den Fraktionsvorsitz inne. Bis dahin plant die Fraktionsgemeinschaft noch ein paar Veranstaltungen. Zum Thema Jugendhilfe wird es eine gemeinsame Klausurtagung mit der Piratenfraktion Hamburg Mitte geben. ■



Und wenn man sich mal engagiert und protestiert wird man gleich nass gemacht

FOTO: WWW.CHRISTOPH-ROEHRIG.COM

POLITIKVERDROSSENE BÜRGER?

MEHR RESPEKT VOR DEM WÄHLERWILLEN WÄRE EIN GUTER ANFANG

Demokratie lebt vom Engagement der Bürger und setzt ihren Willen in Politik um. Ziel ist es, die Interessen der Bürger optimal zu ermitteln, zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn das Potential demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten entsprechend ausgeschöpft wird, ohne den Bürgern durch hohe Hürden die Mitwirkung zu erschweren.

Leider nimmt ein relevanter Teil der Wähler ihr Recht auf Mitbestimmung nicht mehr wahr. In den Medien wird diese Entwicklung häufig als »Wahlmüdigkeit« oder »Politikverdrossenheit« bezeichnet und wird nach jeder Wahl aufs Neue von allen Seiten beklagt, doch besteht eine gewisse Scheu, die Hauptursache auch zu benennen. Viele Menschen sehen keinen Sinn mehr darin, alle vier oder fünf Jahre ihr Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen, während die Entscheidungen ihrer gewählten Vertreter undurchschaubar, diffus und nicht nachvollziehbar bleiben. (Die Problematik gebrochener Wahlversprechen, die ebenfalls dazu führt, dass Menschen nicht mehr wählen gehen, lassen wir mal bewusst außer Acht.)

Es muss Aufgabe der Politik sein, den Bürgerwillen ernst zu nehmen. Dazu reicht es nicht aus, die Bürger alle paar Jahre bei den Wahlen unter einer Handvoll fertiger Pakete auswählen zu lassen. Die Wähler wünschen sich heutzutage, sich direkter in die Entscheidungen über

ihre Belange einmischen zu können und ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Der technologische Fortschritt unterstützt dieses Begehren und schafft Möglichkeiten für jeden Einzelnen, sich zu informieren und zu beteiligen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren.

VOLKS- UND BÜRGERENTSCHEIDE

Zehn Jahre und fünf Volksbegehren hat es gedauert, um unser Gesetz zu Volks- und Bürgerbegehren in die Form zu bringen, die es heute hat und die für die Bedürfnisse der Hamburger als genügend angesehen wird. In der Praxis sieht dies zumindest bei Bürgerbegehren auf Bezirksebene leider anders aus: Durch Angriffe aus der Politik wird dieses mühsam erkämpfte Recht immer wieder torpediert und auf unzumutbare Weise eingeschränkt.

So kann der Senat beispielsweise Bürgerbegehren an sich ziehen, indem ein übergeordnetes Interesse behauptet wird. Das bedeutet, dass die Entscheidung kassiert und der Gegenstand des Entscheides quasi zur Chefsache gemacht wird. Der Bürgerentscheid, für den engagierte Hamburgerinnen und Hamburger ihre Freizeit opfernden und auf die Straße gingen, wird dadurch mit einem einzigen Federstrich für nichtig erklärt.

Weitere Einschränkungen drohen durch die beständige Forderung nach der Einführung von Quoren für Bürgerbegehren. In der Praxis käme das einer Abschaffung gleich: Gerade bei Themen, die nur für ein Stadtviertel relevant sind, ist es praktisch unmöglich, das geforderte

Quorum von 20 Prozent bezirkswweit zu erreichen. Von einer Handvoll großer Stadtteile wie Rahlstedt oder Eimsbüttel abgesehen, wäre es damit den allermeisten Stadtteilen nicht einmal möglich, mit 100 Prozent Beteiligung und Zustimmung ihre Belange selbst zu regeln. Leute, die in einem Viertel leben, interessieren sich eben nicht unbedingt dafür, wie in einem anderen eine neue Straße benannt wird oder ob ein Einkaufszentrum erweitert wird oder nicht. Nichtbeteiligung am Bürgerentscheid darf daher nicht faktisch als Gegenstimme gezählt werden. Durch die Einführung von Quoren würde der Willen der Betroffenen, die sich durch das Bürgerbegehren Gehör zu verschaffen versuchen, vollkommen ignoriert.

Beides ist in Hinblick auf die Gestaltung einer modernen, funktionierenden und bürgernahe Demokratie nicht akzeptabel.

BETEILIGUNG DURCH WAHLEN

Hamburg hat grundsätzlich ein sehr wählerfreundliches Wahlrecht, welches ebenfalls durch eine Reihe Volksbegehren und -entscheide gegen den Willen der etablierten Parteien durchgesetzt wurde: Der Hamburger Wähler hat die Möglichkeit, differenziert abzustimmen und einzelnen Kandidaten seine Stimme zu geben, um sie so direkt zu unterstützen. Das führt dazu, dass die Reihenfolge auf dem Wahlzettel, wie sie von den Parteien vorgenommen wurde, von den Wählern korrigiert werden kann.

Nicht zeitgemäß sind allerdings die Sperr-

klauseln, die bei Bezirks- und Bürgerschaftswahlen nach wie vor gelten. Die Fünf-Prozent-Hürde stammt noch aus einer Zeit, als nur wenige Parteien (bis in die achtziger Jahre waren es mit SPD, CDU und FDP nur drei) dauerhaft Chancen auf einen Einzug in die Parlamente hatten. Doch die Zeit der Volksparteien ist vorbei. Die beständigen Erfolge von Grünen, Linken und nun auch den PIRATEN machen deutlich, dass die Wähler nach mehr Möglichkeiten zur Differenzierung verlangen. Scheitern nun mehrere Parteien knapp an den Zugangshürden, so ist es keinesfalls unrealistisch, dass ein zweistelliger Prozentanteil Wählerstimmen völlig unberücksichtigt bleibt. Dies ist mit dem verfassungsmäßigen Prinzip der Gleichheit der Wahl unvereinbar und trägt zur ständig wachsenden Wahlmüdigkeit bei; immerhin leben wir in einer Zeit, in der bei manchen Wahlen die Nichtwähler die größte Gruppe bilden. Es wird Zeit, dieses deutliche Signal ernst zu nehmen. Die Sperrklausel für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen wurde zwar mittlerweile auf drei Prozent gesenkt, in nahezu allen anderen Bundesländern wurde sie aber auf kommunaler Ebene komplett abgeschafft.

Die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger ist eines der Kernthemen der Piratenpartei seit ihrer Gründung. Auch der Landesverband Hamburg setzt sich seit jeher aktiv dafür ein, den Einfluss der Bürger auf das politische Geschehen, von dem sie selbst betroffen sind, sicherzustellen und zu fördern. Die Hamburger Piraten werden deshalb die gesetzlichen Regelungen zu Volks- und Bürgerbegehren sowie das Wahlrecht aktiv gegen jegliche Einschränkungsversuche von Seiten des Senats oder der Bürgerschaft verteidigen und machen sich für Ausweitungen der direkt-demokratischen Möglichkeiten stark.

BETEILIGUNG IST VORAUSSETZUNG

Aber Bürgerbeteiligung lebt davon, dass sich die Bürger auch tatsächlich beteiligen. Deshalb ermutigt die Piratenpartei Bürger stets dazu, ihre Rechte zu nutzen: zu wählen, sich vorher nicht nur über die Spitzenkandidaten, sondern auch über andere Politiker zu informieren und bei den Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen die Möglichkeit zu nutzen, gezielt jene Kandidaten zu unterstützen, die die eigenen Interessen am besten vertreten werden. Außerdem ruft die Partei zur Beteiligung an Volks- und Bürgerbegehren auf. Die Investition von ein oder zwei Stunden, um sich über ein Begehren zum Beispiel im Internet zu informieren, hilft bei der Entscheidungsfindung und Abstimmung. Und wer der Meinung ist, von einer politischen Fehlentscheidung betroffen zu sein, sollte sich Gleichgesinnte suchen und selbst aktiv werden. Jede abgegebene Stimme für oder auch gegen ein Bürgerbegehren ist gleichzeitig eine Stimme für mehr Beteiligung und mehr Demokratie. ■

MEHR PROGRAMM

14. LANDESPARTEITAG AUF DER ELBINSEL ZU ENDE



Meist ganz flauschig: die Landesparteitage in Hamburg

FOTO: CC-BY-FRANKEE

Die Mitglieder der Piratenpartei Hamburg trafen sich Anfang September im Bürgerhaus Wilhelmsburg zu ihrem 14. Landesparteitag. Rund 100 Teilnehmer stimmten über zahlreiche Erweiterungen des Landesprogrammes ab. Neben einigen Satzungsänderungen und neuen Regelungen für Aufstellungsver sammlungen wurden vor allem die programmatische Inhalte beschlossen. Diese Inhalte sind nun zum größten Teil in das Hamburger Wahlprogramms überführt.

So standen auf dem Landesparteitag vor allem Anträge zu Bürgerrechten und Informationsfreiheit im Fokus.

Die Mitglieder des Hamburger Landesverbandes stimmten im Bereich Innenpolitik gegen eine weitere Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols, für die Stärkung des Versammlungsrechtes und gegen die Nutzung nicht-tödlicher Waffen, wie beispielsweise Elektroschockpistolen, außerhalb polizeilicher Sondereinheiten.

Einstimmig angenommen wurde der Antrag zum integrativen Umgang mit Asylbewerbern: Die PIRATEN fordern eine Neuausrichtung des Umganges mit Asylsuchenden in Hamburg. Diese sollen nicht weiter in anderen Bundesländern, sondern menschenwürdig und integrativ im Großraum Hamburg untergebracht werden.

Ebenfalls einstimmig sprach sich der Landesparteitag auch gegen die Störerhaftung von Anbietern freier WLAN-Netze und gegen ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage aus. Breiten Raum nahm weiterhin die Behandlung von Anträgen zur Zukunft und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Zusammensetzung des Rundfunkrates ein. Mit großer Mehrheit angenommen wurde die

Anträge zur Werbefinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zur Depublizierung von Inhalten.

Beschlüsse gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz und für einen integrativen Ethikunterricht anstelle des Religionsunterrichts ergänzen ab sofort ebenso das Landesprogramm der PIRATEN Hamburg wie Forderungen nach einem Schutzschild gegen Gentrifizierung, gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum und gegen sogenannte Business Improvement Districts.

Außerdem haben die Hamburger PIRATEN beschlossen, dem Bündnis »UmFAIRteilen« beizutreten. Das Bündnis setzt sich für eine einmalige Vermögensabgabe, sowie eine dauerhafte Vermögenssteuer ein, um die Finanzierung des Gemeinwesens aus privaten Vermögen zu fördern.

Nicht durchsetzen konnten sich Anträge gegen die Schuldenbremse und für einen Volksscheid gegen die Hamburger Einheitsgemeinde.

Die Piratenpartei bereitet sich mit diesem Landesparteitag programmatisch auf die kommende Bundestags- und die nächste Bürgerschaftswahl in Hamburg vor. Der nächste Landesparteitag mit der Wahl eines neuen Landesvorstandes wird voraussichtlich Anfang November stattfinden. Die Parteitage der PIRATEN sind öffentlich, Gäste und Zuschauer herzlich willkommen! Auf unserer Webseite kündigen wir Termin und Ort rechtzeitig an:

► www.piratenpartei-hamburg.de ■

ZUM WEITERLESEN

Eine Übersicht zu den Ergebnissen des 14. Landesparteitags bietet das Protokoll

► <http://pir.at/pk>



Die Piraten in Hamburg versammeln sich nicht nur zum wöchentlichen offiziellen Treffen des Landesverbands am Dienstag um 19:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle Lippmannstraße 57. Es gibt auch lokale Stammtische und Verbände in den Bezirken. Hier widmet man sich der Lokalpolitik u. a. durch den Besuch der Bezirksversammlungen und Ausschüssen.

ALTONA

STAMMTISCH in geraden Kalenderwochen
Mittwochs um 19:00 Uhr
»Klippkroog«
Große Bergstraße 255 | 22767

EIMSBÜTTEL

STAMMTISCH jeden zweiten Montag im Monat um 20:00 Uhr
»Magdschänke«
Methfesselstr. 35 | 20257

TELEFONKONFERENZ
jeden vierten Montag im Monat via Mumble

BERGEDORF

STAMMTISCH jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr
»Gasthaus Am Pool«
Am Pool 41 | 21029

BEZIRKSVERBAND NORD

STAMMTISCH am letzten Donnerstag im Monat um 19:00 Uhr
»Café Erdgeschoss«
Alte Wöhr 13a | 22307

JUNGE PIRATEN HAMBURG

Die JuPis sind die Jugendorganisation der Piratenpartei und organisieren sich in Hamburg seit Ende 2011. Mitglied kann werden, wer unter 28 Jahre alt ist.

STAMMTISCH jeden Donnerstag um 17:30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle der Hamburger Piraten | Lippmannstraße 57 | 22769

BEZIRKSVERBAND HARBURG

STAMMTISCH jeden zweiten und letzten Montag im Monat um 18:00 Uhr im »Old Dubliner«
Lämmertwiete/ Ecke Neue Straße | 21079

AG-HARBURG Jeden Samstag um 15 Uhr
Wo: »Alles wird Schön«
Friedrich-Naumann-Str. 27 | 21075

WANDSBEK

STAMMTISCH jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat um 20:00 Uhr
Der entsprechende Treffpunkt wird im Kalender bekanntgegeben:

► www.piratenpartei-hamburg.de/kalender

IMPRESSUM

KAPERBRIEF

Eine kostenfreie Publikation der Piratenpartei
1. Auflage 2012 | 50.000 Stück

Herausgeber

Piratenpartei Hamburg
Lippmannstraße 57 | 22769 Hamburg
Telefon: +49 40 / 22 81 37 80

► www.piratenpartei-hamburg.de

V.i.S.d.P. Anne Alter

Redaktionskontakt

presse@piratenpartei-hamburg.de

Ladungsfähige Anschrift

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Hamburg
Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht.

Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verarbeiten und öffentlich zugänglich machen.

 ► www.creativecommons.org

© Die Rechte der Bilder liegen, soweit nicht anders angegeben, beim jeweiligen Urheber oder Rechteinhaber.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

WWW.HAMBURGMITTEDOKUMENTE.DE

Foto: CC-BY-SA 3.0 Rossella Piccinno

Öffentliche Dokumente aus der
Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

EINFACH. ONLINE. ABRUFBAR